

Bürgerinitiative fordert mehr Transparenz

Nach Ratshauschef und Gemeinderat äußert sich jetzt BIKS-Vorsitzender zur aktuellen Situation

Von unserem Mitarbeiter
Nico Roller

Königsbach-Stein. Von einem kommunalpolitischen Shutdown, von einem abgetauchten Gemeinderat und von einem Ausschluss der Öffentlichkeit spricht die Bürgerinitiative Königsbach-Stein (BIKS) und beteiligt sich damit an einer aktuellen Diskussion, in der es im Kern um die Frage geht: Wie wird der Gemeinderat in der aktuellen Krise von der Verwaltung in Entscheidungen und Beratungen eingebunden?

„

Videokonferenzen
müssen die absolute
Notlösung bleiben.

Rainer Botz
Sprecher der Bürgerinitiative BIKS

Nachdem sowohl die im Rat vertretenen Fraktionen und Gruppierungen als auch Bürgermeister Heiko Genthner bereits umfassend Stellung zu dieser Frage genommen haben, meldet sich nun auch die BIKS zu Wort. Sie kritisiert, vom Bürgermeister würden nur noch die Beschlüsse veröffentlicht, aber keine Tagesordnungen und Beschlussvorlagen. „Wir wissen seit acht Wochen gar nichts mehr“, sagt Rainer Botz: „Der Bürger ist momentan dazu verdammt, das kommunalpolitische Geschehen als Zuschauer aus der Quarantäne zu beobachten.“

Man bekomme nicht mit, welcher Gemeinderat wie abgestimmt habe, ob eine Entscheidung knapp gewesen sei oder ob eine große Mehrheit dahinterstehe, kritisiert der Sprecher der BIKS und fordert: Wenn es schon keine öffentlichen Ratssitzungen mehr gebe, müsse zumindest bekanntgegeben werden, wie viele Enthaltungen, Ja- und Nein-Stimmen es bei einer Entscheidung gegeben habe. Hinzu komme: „Momentan sind zum Thema Ratssitzungen und Videokonferenzen so viele verschiedene, sich zum Teil widersprechende Aussagen

vom Bürgermeister und von Gemeinderäten im Umlauf, dass der Bürger überhaupt nicht mehr weiß, was er wem glauben soll“, sagt Botz und nimmt neben dem Bürgermeister ausdrücklich auch den Gemeinderat in die Pflicht: Alle darin vertretenen Parteien und Fraktionen seien derzeit aus der Öffentlichkeit verschwunden, fast so, als ob sie abgetaucht wären.

Botz wirft ihnen vor, von sich aus bislang keine einzige Stellungnahme zu kommunalpolitischen Themen abgegeben zu haben. Erst auf Nachfrage der Presse sei es dazu gekommen. „Der Gemeinderat hätte gegenüber der Verwaltung und dem Bürgermeister von Anfang an deutlich machen müssen, dass er

handlungsfähig und zu jeder Zeit der Herr des Verfahrens bleiben will“, sagt Botz und verweist in diesem Zusammenhang auf die im Nachbarkreis gelegene Stadt Bretten, in dessen Gemeinderat Ähnliches bereits passiert sei. Die Forderung der BIKS: „Wir hoffen nun, dass der Gemeinderat zeitnah reagiert und das Heft des Handelns wieder in die Hand nimmt.“

Man plädiere für öffentliche Sitzungen – „selbstverständlich mit Schutzmasken und unter Einhaltung aller geltenden Regeln und Hygienevorschriften in der Festhalle“, wie Botz betont. Dabei sollten so zügig wie möglich die eiligen Themen behandelt werden, zu denen sich Entscheidungen nicht aufschieben las-

sen. Rechtlich seien Sitzungen möglich und in anderen Gemeinden in der Region habe es sie auch schon gegeben. Videokonferenzen dagegen müssen aus Sicht der BIKS „die absolute Notlösung bleiben“, denn wenn sich der Bürger zum Verfolgen der Beratungen in einen Raum mit anderen Menschen begeben müsse, mache das für ihn im Vergleich mit einer Ratssitzung im Hinblick auf das Infektionsrisiko keinen wesentlichen Unterschied. Botz sagt: Nur in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung sei die demokratische Teilhabe auf Dauer gewährleistet – zumal in Zukunft auch wichtige Themen zur Entscheidung anstünden, etwa der Haushaltsplan für das laufende Jahr.



Kommunalpolitik in Umlauf- und Eilentscheidungsverfahren: Die Bürgerinitiative Königsbach-Stein kritisiert die Verwaltung und den Gemeinderat wegen fehlender Information der Bürger.

Foto: Roller